

Medienmitteilung

Der DSV fordert eine gestärkte Rolle der Verteilnetzbetreiber bei der Umsetzung der Energiestrategie 2050

Der Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber (DSV) ist bereit, die mit dem Ja zum revidierten Energiegesetz vom 21. Mai 2017 formulierten Anliegen der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger zeitnah und zuverlässig umzusetzen. Gleichzeitig fordert er von der Politik, die zentrale Bedeutung der Verteilnetzbetreiber für die Versorgungssicherheit anzuerkennen und zu stärken.

Der Dachverband Schweizer Verteilnetzbetreiber (DSV) wertet das Ja der Schweizer Stimmbürgerinnen und Stimmbürger vom 21. Mai 2017 zum revidierten Energiegesetz («Energiestrategie 2050») als klaren Auftrag an Branche und Politik, die Umgestaltung des Schweizer Energiesystems zügig anzugehen.

Der DSV begrüsst, dass – wie von ihm seit Jahren gefordert – der Ausstieg aus der Kernenergie sowie die Förderung der erneuerbaren Energien nun vom Souverän legitimiert sind und die Energiebranche die entsprechende Planungssicherheit erhalten hat. Die rund 500 Energieversorgungsunternehmen (EVU), die der DSV vertritt, sind bereit, die zunehmend dezentrale Stromproduktion zuverlässig in ihre Infrastrukturen zu integrieren. Der DSV wird sich denn auch aktiv in die Diskussionen um das künftige Marktdesign einbringen.

Wider die Zweiklassengesellschaft

Am 21. Mai haben die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger – auch wenn dies vermutlich vielen nicht bewusst war – zudem mit der Ausweitung der Eigenverbrauchsregelung ein Zeichen für mehr Markt im Energiesektor gesetzt. Aus Sicht des DSV läuft diese Neuerung jedoch einer solidarisch finanzierten Energieversorgung zuwider, da nur wenige privilegierte Gruppen davon profitieren. Auch die derzeit diskutierte Abnahmegarantie für Strom aus Wasserkraft, die auf dem Buckel der gebundenen Endkunden finanziert werden soll, ist für den DSV ein weiterer Schritt auf dem Weg zur Zweiklassengesellschaft im Energiesektor. Der DSV erachtet daher folgende Massnahmen als dringlich, damit alle Endverbraucher wieder gleich lange Spiesse erhalten:

- Die Übergewichtung der Interessen Einzelner hat in jüngster Zeit zu einer Gesetzesflut geführt, die einer zügigen Umsetzung der Energiestrategie 2050 zuwiderläuft und der Entsolidarisierung im Energiesektor Vorschub leistet. Diese Überregulierung ist konsequent abzubauen; die Finanzierung der Schweizer Stromversorgung ist auf eine solidarische Basis zu stellen.
- Der Gesetzgeber hat sich bei der weiteren Ausgestaltung der Energiestrategie 2050 darauf zu beschränken, angemessene und zielführende Rahmenbedingungen zu setzen. Eingriffe in den operativen Alltag der Energiebranche sind nicht Sache des Bundes. Der DSV fordert, dass der Bund der Strombranche

nicht nur die Verantwortung für eine zuverlässige Stromversorgung überträgt, sondern ihr auch den entsprechenden Handlungsspielraum gibt.

- Die für die Versorgungssicherheit zentrale Wasserkraft darf nicht mit weiteren Subventionen und anderen marktverzerrenden Massnahmen «gerettet» werden. Vielmehr ist auf eine Kostenwahrheit aller Energieträger hinzuwirken – etwa mit einer angemessenen (CO₂-)Abgabe auf Strom aus fossilen Quellen oder mit einer korrekten Berücksichtigung der Entsorgungskosten der Kernenergie.

Keine Liberalisierung des Messwesens

An seiner Delegiertenversammlung vom 16. Juni 2017 in Davos hat sich der DSV zudem einstimmig gegen die angedachte Liberalisierung des Messwesens ausgesprochen. Der DSV sieht das Messwesen als zentrale Voraussetzung für ein funktionierendes Verteilnetz und damit für die Versorgungssicherheit. Bei einer Liberalisierung gingen Synergien zwischen Messung und Netzführung verloren, und die Komplexität der Abläufe würde erhöht – zusätzliche Regulierungen und letztlich auch zusätzliche Kosten wären die Folge.

Der DSV vertritt rund zwei Millionen «Kleinkunden» und ist daher nah am Puls der Endverbraucher. Die von ihm vertretenen EVU tragen die Verantwortung für eine zuverlässige und sichere Stromverteilung bis in die hintersten Winkel unseres Landes – und sie sind bereit, diese auch künftig wahrzunehmen. Der DSV fordert daher, dass die zentrale Bedeutung der Verteilnetzbetreiber von der Politik anerkannt und gestärkt wird.

Wohlen, 19. Juli 2017

Weitere Auskünfte:

Peter Lehmann, Präsident DSV, Tel. 056 619 19 11
Brigitte Barth, Leiterin Geschäftsstelle DSV, Tel. 062 824 94 94

Der DSV in Kürze

- Der 2006 gegründete DSV ist die Interessenvereinigung von rund 500 kleineren und mittel-grossen Elektrizitätsversorgungsunternehmen (EVU) in der Schweiz. Er vertritt rund zwei Drittel aller Schweizer EVU in zwölf Kantonen und insgesamt rund zwei Millionen Endkunden.
- Der DSV setzt sich für eine sichere, nachhaltige und wettbewerbsfähige Stromversorgung in der Schweiz ein.
- Der DSV vertritt die gemeinsamen Interessen der angeschlossenen Mitglieder gegenüber Bund, Politik, Medien, Regulatoren, Preisüberwacher, Konsumenten- und Naturschutzorganisationen sowie gegenüber anderen Branchenorganisationen und -verbänden.
- Dem DSV sind folgende Kantonalverbände sowie eine virtuelle Organisation angeschlossen:
 - Bernischer Elektrizitätsverband (BEV)
 - Elektrizitäts-Verband St. Gallen-Appenzell (ESA)
 - Verband Aargauischer Stromversorger (VAS)
 - Verband kommunaler Elektrizitätsversorgungsunternehmen im Kanton Zürich und angrenzender Gebiete (VKE)
 - Verband Thurgauischer Elektrizitätsversorgungen (VTE)
 - virtuelle Organisation von Einzelunternehmungen (vO)
- Im Vorstand des Verbands Schweizerischer Elektrizitätsunternehmen (VSE) belegt der DSV drei Vorstandssitze.